

## Zugangshürden und / oder Ausweitung der Studienplätze?

---

Gero Fischer

Was will die österreichische Hochschulpolitik? Mangelnder politischer Konsens und Stagnation in der Bildungspolitik schädigen die Hochschulen, während für eine steigende Zahl von Studierenden die Studien- und Lebensbedingungen immer prekärer werden.

### Vorbemerkungen

In regelmäßigen Abständen (oft zu Semesterbeginn) tritt ins öffentliche Bewusstsein, wie prekär die Situation an den Hochschulen eigentlich ist. Im Zuge der aktuellen Zielvereinbarungsverhandlungen wurde offensichtlich, dass für die nächsten drei Jahre 600 Mill. € allein für die Abdeckung der Fixkosten fehlen<sup>1</sup>. Und dann häufen sich mehr oder weniger durchdachte Meldungen von Politikern und Meinungsmachern über Zugangsbedingungen für Hochschulen, um die Schere zwischen Nachfrage nach Studienplätzen und deren Angebot nicht noch weiter aufgehen zu lassen. Gleichzeitig soll die Akademikerquote in Österreich erhöht werden. Der Diskurs quillt über von kaum miteinander vereinbaren Schlagwörtern wie „definierte Kapazitäten“, „Studienplatzfinanzierung“, von Feststellungen unterschiedlicher Bedeutungsschwere wie „Mehr Studienplätze sind das Ziel“, „Jede Studienplatzfinanzierung beinhaltet das Wort Studienplatz, also braucht man Kapazitäten und ein Mengengerüst“, „Bessere Verteilung an den Unis“<sup>2</sup> usw. Die Wortwahl macht es klar, es geht in erster Linie um Regulierungen bzw. die Beherrschung des studentischen Ansturms an die Hochschulen, die Verteilung der Studierenden auf vorhandene Kapazitäten und weniger um die Ausweitung der Kapazitäten auf Grund der steigenden Nachfrage. Die Studienplatzfinanzierung – der aktuellste Schlagwort im politischen Hochschuldiskurs – legt definiert eine bestimmte Anzahl von Studienplätzen je Studienrichtung fest. Übersteigt die Nachfrage die festgelegten Margen, so kommen entsprechende Instrumente / Verfahren zur Anwendung, die garantieren, dass die von der Studienplatzfinanzierung definierten Belegzahlen nicht überschritten werden. Sonst würde die Studienplatzfinanzierung nicht funktionieren.

Klar, dass „Kapazitätsausweitung“ erheblicher finanzieller Anstrengungen bedarf, die allerdings die Politik auf absehbare Zeit nicht gewillt ist zu erbringen, weil ihr anderweitig die (finanziellen) Hände gebunden sind. Mittlerweile ist allmählich in die politische Rhetorik eingesickert, dass mehr Studierende, eine höhere Akademikerquote gesamtgesellschaftlich ein höheres Bildungsniveau bedeuten. Eine Bildungs- und Hochschulpolitik, die mit Notfallparagrafen zu überleben versucht und vielfach auf dem buchstäblich letzten Loch pfeift – ist jenseits aller Rhetorik in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Die einander widersprechenden Konzepte einer generellen Zugangsbeschränkung einerseits und einer prinzipiellen Ausweitung der Studienplätze inklusive Verbesserung der Betreuungsverhältnisse andererseits lassen sich nicht zu einer Hochschulstrategie auf der Basis der „Kostenneutralität“ oder gar der Einsparungsphilosophie verbinden. Die Studentenzahlen wachsen seit Jahrzehnten schneller als die entsprechende materielle oder personelle Ausstattung der Universitäten. Das Betreuungsverhältnis in den betroffenen Studienrichtungen ist gesunken und damit gerät zwangsläufig auch die Qualität der Ausbildung unter Druck. Die Politik konnte sich bisher nicht zu einer nachhaltigen entsprechenden Dotierung der Hohen Schulen entschließen, wie es überhaupt keinen politischen Konsens über die Zukunft des Bildungswesens in Österreich gibt.

---

<sup>1</sup> Standard 18.9.2012 „Rektorenchef lehnt Uni-Budget als inakzeptabel ab.“

<sup>2</sup> Standard 25./26.8.2012 S. 13

## Versuchte administrative Befreiungsschläge

Den absehbaren Folgen der Verschlechterung der Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse hoffte die Hochschulpolitik kurzfristig mit StEOP<sup>3</sup> bzw. Aufnahmeverfahren entgegen wirken und so auch Ungleichgewichte zwischen den Studienrichtungen entsprechend den vorhandenen Kapazitäten abbauen zu können. Bewirkt haben diese Zugänge eher wenig, außer dass die StEOPs die Curricula erheblich belasten und zu z.T. grotesken Ergebnissen führen (können): So haben nur 7 (!) von 600 Studienanfängern der Pharmazie die Hürde StEOP geschafft und stehen nun im zweiten Studienjahr, an der Universität Wien insgesamt sind es mehr als 50% der Studienanfänger, die StEOP noch nicht erledigt haben<sup>4</sup>. Das ist ein schlagendes Beispiel dafür, dass die Konstruktion der StEOP an sich problematisch ist und die „Orientierung“ kaum statt findet und von der StEOP bloß die Selektion übrig bleibt (was allerdings leicht absehbar war<sup>5</sup>). Administrative Regelungsversuche wie die Verkürzung der Anmeldefristen etc. bringen keine befriedigende Lösung, zumindest keine nennenswerte für die Planung der Lehre und den entsprechenden Ressourceneinsatz: Die Vorlesungsverzeichnisse müssen schon im Juni ins Internet gestellt werden, d.h. die Planung der Lehre muss zu diesem Zeitpunkt de facto abgeschlossen sein, die Erstsemestrigenzahlen des folgenden Wintersemesters kommen jedoch erst nach Ende der Anmeldefrist, Anfang September, da ist hinsichtlich Planung schon längst alles gelaufen.

## Input-output-Logik

Mit dem Einzug betriebswirtschaftlicher Logik in das Bildungswesen wird die Zahl der Studienanfänger und die der Absolventen gegengerechnet. Damit wird in unzulässiger Analogie zur industriellen Produktion von der Planbarkeit der Herstellung industrieller Produkte auf die Planbarkeit der „intellektuellen Produktion“ geschlossen. Es ist falsch aber populär, Studienabbrecher pauschal als „Versager“ (in der Industrieproduktion: „Ausschuss“) zu brandmarken. Ein – auch nicht abgeschlossenes – Studium ist wichtiger Bestandteil der Persönlichkeitsbildung und kann durchaus ein Baustein für beachtliche spätere Karrieren sein, was hinreichend empirisch untermauert ist. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus ist eben Planbarkeit eine Logik, die Unwägbarkeiten der Lebensrealität jedoch eine andere. D.h. vereinfachende Input-Output-Rechnung im Bildungswesen ist verlockend kann aber zu irreführenden Schlussfolgerungen führen. Natürlich darf die hohe Zahl von Studienabbrechern in Österreich (ca 45% im Schnitt) nicht bagatellisiert werden. Einen der Hauptgründe für die hohe Abbrecherquote stellt die Erwerbstätigkeit der Studierenden dar, weiters sind schlechte Studienbedingungen, schlechte Betreuung, fehlende Motivation, Überforderung u.a. (genauere Analysen stehen noch aus) in Rechnung zu stellen. Es liegt an der Politik, an allen diesen Ursachen anzusetzen, damit diese dürftige Bilanz nachhaltig verbessert werden kann.

## Verteilung der Studienanwärter auf die Studienrichtungen

So wie sich die aktuelle Hochschulpolitik darstellt, wird die Schere zwischen dem Studienplatzangebot und der realen Nachfrage auch weiterhin auseinander gehen. Die derzeitigen Zugangsregelungen sollen bewirken, dass ein nennenswerter Teil der Studienanwärter vor oder zu Studienbeginn (Aufnahmeverfahren, Tests etc.) bzw. im Zuge der StEOP wenn nicht vor den Toren der Universität so doch einzelner Studienrichtungen bleibt (Studienrichtungen wie z.B. an den Kunstuniversitäten, Sportwissenschaft u.a. unterliegen anderen Bedingungen und sollen von den weiteren Überlegungen ausgenommen werden). Überall dort, wo die Zahl der Studienplätze nicht an die Nachfrage der Studienanwärter angepasst wird (bzw. werden kann), dort werden der Systemlogik zu Folge Aufnahmeverfahren selektiv und u.U. unfair

---

<sup>3</sup> STEOP: Studieneingangs- und Orientierungsphase

<sup>4</sup> UniStandard Oktober 2012

<sup>5</sup> Vgl. meine Kommentare: [STEP ganz neu](#), [Stolpern von STEP zu STEOP \(2012\)](#)

sein (müssen), wenn es gilt, die Zahl der Studierwilligen mit allen Mitteln auf die Zahl der Studienplätze zu reduzieren. M.a.W. der sozialelektive Charakter des Sekundarschulwesens findet im tertiären Bildungsbereich somit seine Fortsetzung. Die neue Zentralmatura, die die standardisierte „Studierfähigkeit“ für ein akademisches Studium garantieren soll, würde ja eigentlich Zugangsbeschränkungen an den Universitäten aus inhaltlichen Gründen (mit den oben genannten Ausnahmen spezifischer Studien) obsolet machen. Die komplexe und widersprüchliche Frage ist jedoch die der Verteilung der Studierenden auf die Studienrichtungen. Formal gesehen geht um die Vermeidung von Ungleichgewichten einzelner den Studienrichtungen. Ein „Umdirigieren“ von Studienanwärtern für überlaufene Massenfächer auf andere Studienrichtungen mit nicht voll ausgenützten Aufnahmekapazitäten stellt sich jedoch als schwierig heraus und kann in der Zeit zwischen Ablegung der Matura und der Inskriptionsfrist (Anmeldung, Aufnahmenprüfung etc.) nicht wirklich bewerkstelligt werden, noch dazu wo die Inskriptions-/Anmeldefristen vorverlegt wurden – der besseren Planbarkeit wegen, so die offizielle Position. Studienanwärter mit klaren Studienvorhaben und Berufszielen erledigen in der Regel zügig die allfälligen Aufnahmeverfahren, alle anderen, d.h. diejenigen mit nach wie vor nicht klaren Studienzielen und diejenigen, die Selektionsmechanismen vor Studienbeginn wie Aufnahmeprüfungen nicht „überlebt“ haben und trotzdem ihren Studierwillen nicht verloren haben, müssen zusehen in einem Fachbereich unterzukommen, der ihnen auch entspricht und wo es für sie freie Aufnahmekapazitäten gibt. Sie verstärken die Reihen derjenigen, die dann aus Stressreaktion (vor dem Anmelde-/Inskriptionsschluss) oft im Mainstream, d.h. dann doch in Massenfächern hängen bleiben und quasi ein „Verlegenheitsstudium“ inskribieren. Viele dieser Studienentscheidungen sind oft oberflächlich, unzureichend reflektiert, nicht selten entscheidet aber auch pekuniär motivierter Opportunismus (unabhängig von Neigung und fachlicher Affinität) wie z.B.: „Mit Jus kann man immer was anfangen“, „BWL wird immer gebraucht“, etc. Diese Orientierungslosigkeit schlägt sich in dann in Studienwechsel, begonnenen und nicht beendeten Mehrfachstudien und letztlich in den Abbrecherquoten nieder.

Die Ursache für die Unsicherheit bei der Studienwahl liegt nicht selten darin, dass Studienanwärter die Vielfältigkeit (einiger Hundert) Studienrichtungen nicht einmal im Ansatz wahrnehmen. Die bisherigen Erfahrungen mit den StEOPs – den strukturierten obligatorischen Studieneingangsphasen zu Studienbeginn (in der Regel im ersten Semester) – müssen hinsichtlich der „Orientierung“ (nicht nur im Fall der Pharmazie) ernüchternd wirken. Das lässt nur den Schluss zu, dass die Frage der Studienwahl schon im Sekundarschulbereich thematisiert werden muss. Die Schulen sind der Ort, an dem auf breiter Basis Talente gefunden und gefördert werden müssen. Dafür müsste jede Schule autonom entsprechende Mittel in Selbstverwaltung gezielt einsetzen können dürfen (z.B. in zusätzliche Unterrichtseinheiten, Workshops, Förderkurse aber auch im Zukauf von Lehrkräften, Trainern, etc. von außerhalb der Schule, z.B. für ein Theaterprojekt, für eine bestimmte Sportdisziplin, oder ein Astronomieprojekt, Medienwerkstatt etc.). Indem die Schüler die Chance haben, sich frühzeitig mit vielen Fächern auseinander zu setzen, könnte erreicht werden, dass sie gegen Ende ihrer Schullaufbahn auf einer breiten Grundlage ihre Entscheidung für ein weiteres Studium bzw. eine Berufslaufbahn auf einer einigermaßen soliden Wissensbasis treffen können. Dieser Orientierungsprozess könnte noch dazu mit der verpflichtenden „Vorwissenschaftlichen Arbeit“ der neuen Zentralmatura <sup>6</sup> verknüpft werden, womit die Schüler ausreichend Raum erhalten, sich über mehrere Jahre mit den Fragen ihrer eigenen Zukunft auseinander zu setzen. Wenn in den Schulen Talente nicht geweckt werden, Zulassungsverfahren an den Universtäten können diese Defizite bzw. Schieflagen nur noch schlecht ausgleichen.

---

<sup>6</sup> Vgl. meine Überlegungen [Vorwissenschaftliche schriftliche Arbeit nur Teil der Zentralmatura? \(2012\)](#)

Und noch eines: Berufsinformationsmessen u. ä. Events und Campagnen haben bisher offensichtlich keine große Wirkung gezeitigt, sie haben nur einen marginalen Beitrag zur Steuerung oder Orientierung der Studienanwärter beigetragen.

„Gesellschaftlicher Bedarf“

Das Argument des gesellschaftlichen Bedarfes im Zusammenhang mit dem tertiären Bildungsbereich ist verlockend und irgendwie „logisch“. Diesbezügliche Fragen lauten etwa stereotyp: Brauchen wir wirklich so viele Archäologen, Psychologen, Absolventen von künstlerischen Studien, etc...? Angenommen, eine Kommission erarbeitete eine Liste gesellschaftlich wünschenswerter Studienrichtungen (womit wir in die Nähe planwirtschaftlicher Konzepte à la DDR gelangt wären) und stellte dafür freie Kapazitäten, exzellente Arbeits- und Betreuungsbedingungen etc. in Aussicht, dann wäre noch lange nicht sicher gestellt, dass diese Angebote von Studienteilnehmern auch angenommen werden. Es könnte sich nämlich herausstellen, dass es dafür gar nicht genug Interessenten, geeigneten Nachwuchs (mit entsprechenden Kenntnissen, Voraussetzungen, Motivation etc.) gibt. Auch die Frage, ob die Absolventen mit ihren gewählten Fächern auch einen adäquaten Arbeitsplatz finden, lässt sich zu Studienbeginn nie mit Sicherheit prognostizieren. Es wird mit Ausnahme einiger klar berufsspezifischer Studienrichtungen zur Regel, dass sich die Absolventen mit ihren erworbenen Qualifikationen an die spezifischen Bedürfnisse und Möglichkeiten des Arbeitsmarktes (durch Einschulungen, Zusatzqualifikationen u.ä.), anpassen müssen.

Ausweitung der Studienplätze und Qualität der Ausbildung

Wenn die „Ausweitung der Studienplätze“ nicht bloß eine politische Parole sein soll, dann muss hier notwendiger Weise differenziert werden: Es ist nicht getan, bloß die Zahl der Studienplätze zu erhöhen, es muss vor allem das Betreuungsverhältnis verbessert werden. Und da gibt es erheblichen Nachholbedarf. Der Rechnungshof hat jüngst kritisiert, dass die Betreuungsverhältnisse in Österreich 1 Lehrender auf 80 Studierende, in München 1:58, in Zürich 1:50 betragen. Die Hochschulpolitik müsste daher sozus. an zwei Schrauben gleichzeitig drehen: An der Erhöhung der Zahl der Studienplätze und an einer essentiellen Verbesserung der Betreuungsverhältnisse. Würden nur die Studienplätze vermehrt, käme es automatisch zu einer weiteren Verschlechterung des numerischen Verhältnisses Lehrende – Studierende. Wollte man nur die Betreuungsverhältnisse verbessern müsste bei gleichbleibender Finanzierungslage – rein statistisch gesehen – die Zahl der Studierenden um etwa 30-40% verringert werden, um dem Niveau von Zürich oder München zu entsprechen. Diese beiden genannten Universitätsstandorte müssen aber als Maßstab genommen werden, wenn die österreichischen Hochschulen in der selben Liga mitspielen wollen. Um beide Ziele zu erreichen – Ausweitung der Studienplätze und Verbesserung der Betreuungsverhältnisse – ist nur ein Bruchteil der Mittel erforderlich, die bisher nur in die marode Finanzwirtschaft gesteckt wurden. Jedoch die finanzielle Frage ist noch nicht alles: Da zumindest in den letzten 10 Jahren der wissenschaftliche Nachwuchs sträflich vernachlässigt wurde, hätten die Universitäten derzeit in vielen Studienrichtungen spontan (sollte z.B. der Weihnachtsmann entsprechend „einspringen“) auch gar nicht genug Universitätslehrer zur Verfügung, die Betreuungsrelationen sofort zu verbessern. Außerdem müssten erhebliche Mittel in Räumlichkeiten und in die Bibliotheken und in die gesamte wissenschaftliche Infrastruktur investiert werden. Die aktuelle Budgetsituation der Universitäten erlaubt jedoch einen Betrieb bestenfalls auf dem Niveau des status quo, an ein Drehen bloß an einer der beiden genannten Schrauben ist derzeit nicht zu denken. Die Forderung nach der Ausweitung des Platzangebotes erzwingt eine weitere Frage: Welche Studienrichtungen (auf Kosten welcher anderer) sollen bevorzugt werden? Wirtschaftsnahe, wirtschaftskompatible Fächer oder andere?

In Österreich kommt zum Problem der Studienplätze noch ein spezifisches dazu: In Deutschland wurden in den letzten Jahren zahlreiche Studienrichtungen entweder ausgedünnt oder

geschlossen, durch den numerus clausus findet dort de facto eine Massenaussperrung von Studienanwärtern statt mit der Folge, dass viele der Betroffenen in Österreich versuchen, einen Studienplatz zu ergattern. Wenn also Deutschland seine hochschulpolitischen Probleme nicht löst und nach Österreich exportiert, dann sind bilaterale Lösungen anzustreben, um das heimische Hochschulwesen nicht zu überfordern.

### Soziale Situation der Studierenden

Faktum ist, dass die untere Mittelschicht an den Hochschulen und Universitäten schwach vertreten ist – der Anteil der unteren sozialen Schichten ging seit 1998 von 26% auf 17% zurück. Das liegt aber in erster Linie am sozialelektiven Charakter des Sekundarschulsystems. Viele Schüler schaffen aus diesen Gründen nicht den Weg zur Inskription. Trotzdem sind auch die „Mittelstandsstudenten“ nicht auf Rosen gebettet: Der Anteil der erwerbstätigen Studierenden steigt (von 58% 2009 auf 63% 2011), ebenso die Arbeitszeit pro Woche (im Durchschnitt 19,1 auf 19,8 Wochenstunden, Zeitraum 2009 und 2011), das durchschnittliche Monatsbudget (1004 €) ging von 2009 bis 2011 um 2% zurück, die Ausgaben sind aber um 3% gestiegen, etc. 15% Stipendienbezieher erhalten pro Monat im Schnitt 273 € das Höchststipendium beträgt 674 €<sup>7</sup> Die soziale Lage einer wachsenden Zahl der Studierenden wird zusehends prekär, eine gründliche Reform des Stipendienwesens und der Hochschulfinanzierung wird immer dringlicher. Auffällig im hochschulpolitischen Diskurs über die Finanzierung der Hochschulen ist die Dominanz der Frage der Studienbeiträge, obwohl klar ist, dass mit ihnen eine spürbare und nachhaltige Finanzierung der Hochschulen nicht möglich ist und im Gegenzug aber soziale Kollateralschäden zeitigt. Der jüngste Vorschlag, aus den Studiengebühren die Erhöhung von Stipendien zu finanzieren, bedeutet, dass aus dieser Ressource für die Finanzierung der Hochschulen nichts übrigbleibt.<sup>8</sup> Da eine stärkere Besteuerung von Vermögen oder der Finanzwirtschaft politisch tabu ist, wird die Frage der Studiengebühren zu einem Dauerbrenner. Das Argument, eine Meisterprüfung koste auch ca 7000 € daher seien Studiengebühren durchaus gerechtfertigt<sup>9</sup>, übersieht eine Kleinigkeit, nämlich, dass bereits Lehrlinge eine finanzielle Entschädigung erhalten und sie dann nach Lehrabschluss etc. bis zur Meisterprüfung schon voll erwerbstätig sind und daher in der Lage sind, die Kosten für diese Prüfung zu tragen, die in der Regel auch den Einstieg in die Selbständigkeit bedeutet. Nur relativ wenige Studienrichtungen erweisen sich als „gute Investition mit hoher Rendite“, für eine steigende Zahl von Absolventen stellen sich die späteren Verdienstmöglichkeiten als eher bescheiden heraus. In dieses insgesamt eher düstere Bild der österreichischen Hochschullandschaft passt, dass nur 6% der Studierenden ihr Studium in der Mindestzeit abschließen.

### Ausblicke

Die politischen Verantwortungsträger fokussieren ihr Hauptinteresse derzeit auf andere Bereiche nicht aber auf das Bildungs- oder Hochschulwesen. Den hochschulpolitischen Diskurs dominieren aktuell Schlagwörter wie Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen, Studienplatzfinanzierung. Es ist aber grundsätzlich eine hochschul- und gesellschaftspolitische Entscheidung der politischen Verantwortlichen, ob sie die Bedingungen dafür schaffen, dass es mehr Studierende, mehr Akademiker im Land gibt oder nicht.

---

<sup>7</sup> Alle Daten: APA/IHS/Wissenschaftsministerium 2012

<sup>8</sup> Vgl. die Debatte in der Presse 15.9.2012 S. 4

<sup>9</sup> Gastkommentar, Presse 15.9.2012